

Die Entwicklung der Region und des Rhein-Sieg-Kreises

Referat von Frithjof Kühn, Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, bei der Veranstaltung „Bonner Perspektiven: Ein Immobilienstandort mit Zukunft“ am 5. April 2000 im Gästehaus des Bundes, Petersberg, Königswinter

Es gilt das gesprochene Wort!

I.

Die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler nach dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991

Wenn vor acht Jahren jemand eine Rede zum Thema „Entwicklung der Region Bonn“ gehalten hat, dann dauerte es gewöhnlich keine drei Sätze, bis der Begriff „Bonn/Berlin-Beschluss“ fiel und das Datum 20. Juni 1991“ genannt wurde. Und meistens wurde dann auch sofort von der „historischen, für die Region Bonn schicksalhaften Abstimmung im Deutschen Bundestag“ gesprochen. Und spätestens jetzt unterschieden sich die Mienen von Redner und Zuhörern nur noch wenig von den Gesichtsausdrücken, die man zum Beispiel aus Fernsehübertragungen bei großen Staatsbegräbnissen kennt. Man hatte den Eindruck, als sei mit dem Umzugsbeschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 die Zukunft der Region zu Grabe getragen worden.

Was war geschehen?

Der Deutsche Bundestag hat am 20. Juni 1991 beschlossen, das Parlament und Kernbereiche der Regierungsfunktionen von Bonn nach Berlin zu verlagern (*Bonn/Berlin-Beschluss / Hauptstadtbeschluss*). Und damit trat eine völlig neue Situation ein. Denn zuvor hatte man sich um die Zukunft nie Gedanken machen müssen. Bonn war Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland - zugegeben zwar nur die „provisorische“, aber das störte in Bonn eigentlich niemanden. Hier wie anderswo auch rechnete nämlich niemand mit dem baldigen Eintritt des einzigen Ereignisses, das diese Hauptstadtfunction hätte in Frage stellen können: die Wiedervereinigung Deutschlands.

Anders als in anderen Regionen, die im wesentlichen von der Wirtschaft und den ortsansässigen Unternehmen abhängen, war unsere vor allem eins: die Hauptstadtregion, die Region, in der sich der Bund - scheinbar endgültig - etabliert hatte. Jeder dritte Einwohner hing mit seinem Arbeitsplatz direkt oder indirekt von dieser Hauptstadtfunction ab - und lebte damit nicht schlecht. Andere Regionen wurden gelegentlich von Konjunktur- und Branchenkrisen geschüttelt. Die Branche Bund hatte in Bonn immer Konjunktur; nie eine schlechte, und für die Bediensteten vor allem eine sichere. Weit überdurchschnittliches Einkommen und weit unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit waren die Markenzeichen.

Mit dem Beschluss des Bundestages und spätestens mit dem im vergangenen Sommer begonnenen Umzug (das Bundespräsidialamt zog bereits im Jahre 1998 nach Berlin) war es damit vorbei. Die Auswirkungen des Bonn/Berlin-Beschlusses auf die Arbeitsmarktregion Bonn lassen sich nach den Ermittlungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen aus dem Jahre 1992 und dem vom Bundeskabinett am 28.

Januar 1998 verabschiedeten „Bericht zum Stand der Umsetzung der personalwirtschaftlichen Gesamtkonzeption im Zusammenhang mit dem Umzug nach Berlin und den Ausgleichsverlagerungen nach Bonn“ sowie aus Presseerklärungen des Bundes wie folgt zusammenfassen:

Durch den Fortgang des Bundestages mit der Bundestagsverwaltung, den Mitarbeitern der Abgeordneten und der Fraktionen, von Teilen der Bundesministerien, des Bundespräsidialamtes und nun auch des Bundesrates gehen rund 11.600 Arbeitsplätze verloren. Hinzu kommen weitere Arbeitsplätze bei den Landesvertretungen, des Diplomatischen Corps, bei Verbänden und Medien in Höhe von rund 11.000. Somit werden durch den Bonn/Berlin-Beschluss rund 22.600 Arbeitsplätze von Bonn nach Berlin verlagert.

Der von mir genannte Bonn/Berlin- oder auch Hauptstadtbeschluss hat aber neben der Entscheidung über die Verlagerung des Parlaments und Teilen der Regierungsfunktionen eine weitere, für die Zukunft der Region Bonn entscheidende Komponente: Bonn soll auch nach dem Umzug in einer dauerhaften und fairen Arbeitsteilung mit Berlin weiterhin wichtige politische Aufgaben wahrnehmen und Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland bleiben.

Um die Wahrnehmung von Regierungstätigkeiten in der Bundeshauptstadt Berlin und in der Bundesstadt Bonn zu sichern und einen Ausgleich für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler zu gewährleisten, hat der Deutsche Bundestag am 26. April 1994 das Gesetz zur Umsetzung seines Beschlusses vom 20. Juni 1991, das *Bonn/Berlin-Gesetz* beschlossen.

Durch das Bonn/Berlin-Gesetz wurde festgelegt, dass auch künftig politische Funktionen in der Bundesstadt Bonn in folgenden Politikbereichen erhalten und gefördert werden:

Bildung und Wissenschaft, Kultur, Forschung und Technologie, Telekommunikation

Umwelt und Gesundheit

Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen

Verteidigung

Zum Ausgleich der von mir bereits genannten rund 22.600 fortfallenden Arbeitsplätzen wurde die Verlagerung von über 20 Bundesbehörden, Behördenteilen und bundesgeförderten Einrichtungen aus Berlin und aus dem Rhein/Main-Gebiet nach Bonn und die Ansiedlung von UN-Organisationen in Bonn festgelegt. Hieraus resultieren rund 6.600 Arbeitsplätze für die Region. Damit beläuft sich die Zahl der im Rahmen des Ausgleichs zu kompensierenden direkten Arbeitsplatzverluste auf rund 16.000.

II.

Die Perspektiven der Region nach dem Umzug des Deutschen Bundestages und des Kernbereiches der Bundesregierung sowie dem gesetzlich vorgesehenen Gegenumzug

Nachdem der Schock der Bundestagsentscheidung überwunden war, haben sich die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler sehr rasch und intensiv bemüht, die künftige Entwicklung der

Region auf eine neue und tragfähige Basis zu stellen. Auf der Grundlage des *Bonn/Berlin-Gesetzes* vom 26. April 1994 haben der Bund, die Länder Nordrhein-Westfalen, die Stadt Bonn, der Landkreis Ahrweiler und der Rhein-Sieg-Kreis bereits wenige Wochen später, nämlich am 29. Juni 1994 die *Vereinbarung über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region* (Ausgleichsvertrag) unterzeichnet. Auf der Grundlage dieses Ausgleichsvertrages stellt(e) der Bund im Zeitraum von 1992 bis 2004 Ausgleichsleistungen in Höhe von insgesamt 2,81 Milliarden DM zur Verfügung.

Mit diesen Finanzmitteln soll der Strukturwandel in folgenden fünf Bereichen realisiert werden:

Ausbau der Region Bonn zu einem Wissenschaftsstandort (für Wissenschaft, Forschung, Technologie und Bildung)

Entwicklung der Region Bonn zu einer Region mit zukunftsorientierter Wirtschaftsstruktur

Ausbau der Region Bonn zu einem Kulturstandort

Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Zusammenhang mit der Anbindung der Region an den Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn

Ausbau der Region Bonn zu einem Standort für Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen

Ich will auf diese „fünf Säulen“, auf denen die künftige Entwicklung unserer Region ruhen und aufbauen soll, kurz eingehen.

Durch den Ausgleichsvertrag ist der Einsatz der Ausgleichsmittel des Bundes für diese fünf Bereiche im einzelnen festgelegt worden. Danach entfällt auf den **Bereich Wissenschaft** mit einem Gesamtbetrag von 1,6 Milliarden DM der Großteil der Ausgleichsmittel. Ich möchte hier nur einige Projekte nennen, die für die Entwicklung der Gesamtregion eine besonders herausragende Bedeutung haben werden:

Die Errichtung des Europäischen Forschungszentrums für angewandte Naturwissenschaften (CAESAR - Center of Advanced European Studies and Research) in Bonn

Die Errichtung der Fachhochschule Bonn/Rhein-Sieg in Sankt Augustin und Rheinbach

Die Errichtung einer Abteilung der Fachhochschule Rheinland-Pfalz in Remagen

Alleine in diese drei Projekte werden rund 1,4 Milliarden DM an Ausgleichsmitteln fließen.

Das meines Erachtens wichtigste politische Signal für die gesamten Ausgleichsbemühungen und speziell für den **Bereich Wirtschaftsstrukturförderung** gab die Region mit der Gründung der Strukturförderungsgesellschaft Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler (SFG). Herr Dr. Hermann Tengler, einer der beiden Geschäftsführer der SFG und zugleich Wirtschaftsförderer des Rhein-Sieg-Kreises, wird nach mir zu Ihnen sprechen.

Wie der Name schon sagt, ist die SFG eine gemeinsame Einrichtung der Region. Mit ihrer Gründung im Jahre 1992 brachte die Region ihren Willen zum Ausdruck, die vor ihr liegende Aufgabe des Strukturwandels gemeinsam anzugehen. So hat auch die SFG unter anderem die Aufgabe, durch die Entwicklung und Umsetzung von zentralen Ausgleichsprojekten, durch

Regional-, Standort- und Wissenschaftsmarketing die Strukturentwicklung der Region zu fördern.

Insgesamt 510 Millionen DM sieht der Ausgleichsvertrag für den Bereich Wirtschaftsstrukturförderung vor. Mit den im Vergleich zum Bereich Wissenschaft eher bescheiden anmutenden Mitteln hat und die Region wichtige Projekte initiiert, die über die positiven Effekte ihrer eigenen Realisierung hinaus bereits wichtige Impulse für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Region geben. Auch hier möchte ich nur einige Projekte herausgreifen:

Das Investitionsförderprogramm Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler für die mittelständische Wirtschaft

Die Errichtung eines Gründer- und Technologiezentrums in Rheinbach

Die Errichtung eines Kinderherzzentrums in der Kinderklinik der Johanniter-Gesellschaft in Sankt Augustin

Die Gründung der Tourismus & Congress GmbH Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler

Die Ansiedlung der „Privaten Internationalen Fachhochschule für Touristik, Hotelmanagement und Luftfahrtmanagement“ in Bad Honnef

Die Gründung des „Technologietransfer- und Innovationszentrums Region Bonn“

Weitere Projekte sind die Errichtung eines Internationalen Start-up-Zentrums Region Bonn und die Errichtung eines Fraunhofer-Zentrums für Medientechnik in der Region Bonn/Rhein-Sieg.

Wie ich bereits erwähnte, sind alle diese Projekte so angelegt, dass sie über ihre eigene Realisierung hinaus positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt entfalten. Um diese Projekte und die mit ihnen erwarteten zusätzlichen Arbeitsplätze ansiedeln zu können, bedarf es entsprechender Gewerbeflächen. So war auch die Planung und Erschließung von Gewerbeflächen eine Aufgabe, der sich die Kommunen in der Region bereits kurz nach der Umzugsentscheidung mit großer Kraftanstrengung gewidmet haben. Rund 300 Hektar Gewerbeflächen wurden in den darauffolgenden Jahren planungsrechtlich abgesichert. Mehr als die Hälfte ist schon erschlossen und steht zu guten Konditionen zur Verfügung.

Auf die hervorragenden Standortvorteile, die sich aus der Umsetzung unseres regionalen Konzepts einer zukunftsorientierten Wirtschaftsförderung ergeben, wird mein Nachredner noch im einzelnen eingehen.

Auch der **Ausbau der Region zu einem Kulturstandort**, mit 100 Millionen DM im Ausgleichsvertrag bedacht, zielt über die Verwirklichung neuer Projekte und den Wert der Kultur als „weicher Standortvorteil“ der Region auf weitere arbeitsplatzschaffende Sekundäreffekte über den Kulturbereich im engeren Sinne, insbesondere auf den Tourismus ab. Der Ausbau der Alanus-Hochschule in Alfter, die Erweiterung des Rheinischen Landesmuseums in Bonn, das Archiv und Museum zur Geschichte des Naturschutzes in Deutschland hier in Königswinter (das Siebengebirge, in dem Sie sich hier auf dem Petersberg befinden, ist übrigens

das älteste Naturschutzgebiet Deutschlands!) und die Gründung einer Engelbert-Humperdinck-Musikwerkstatt Siegburg zur Förderung von Spitzenkräften des musikalischen Nachwuchses sind wiederum nur einige Projekte, die ich in diesem Zusammenhang erwähnen möchte.

Die wirtschaftliche Entwicklung einer Region hängt in großem Maße von ihrer verkehrlichen Erschließung ab. Die Verkehrsinfrastruktur der Region ist durchweg sehr gut. Alle Gewerbegebiete sind über ein leistungsfähiges Straßennetz von Autobahnen, Bundes-, Land- und Kreisstraßen zu erreichen. Wichtige Schienenverbindungen durchziehen unsere Region. Der Rhein, der uns hier zu Füßen liegt, ist eine der wichtigsten Wasserstraßen Europas. Und der bereits genannte Konrad-Adenauer-Flughafen liegt wenige Autominuten von hier entfernt, zum Teil noch auf dem Gebiet des Rhein-Sieg-Kreises.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der ICE-Schnellverbindung Köln - Frankfurt und die mit 500 Millionen DM Ausgleichsmitteln geförderte **Anbindung des Konrad-Adenauer-Flughafens** an diese Strecke sowie mit dem Bau des ICE-Bahnhofs in Siegburg wird die Region einen weiteren Standortvorteil erhalten. Sie wird damit in das transeuropäische Schienenschnellverkehrsnetz unmittelbar eingebunden. (Geschäfts-)Reisen in Großstädte im benachbarten Ausland wie Paris, London, Brüssel oder Amsterdam schrumpfen zu wenigen Stunden zusammen.

Der Verbleib des Politikbereichs Entwicklungshilfe in Bonn und der Umzug von Bundeseinrichtungen wie der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung, des Deutschen Entwicklungsdienstes oder des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik hat die Region alle Voraussetzungen, ein herausragender **Standort für Entwicklungspolitik** zu werden. Auch die im Bereich Wissenschaft gemachten Anstrengungen wie die Errichtung von CAESAR oder auch die Errichtung des Zentrums für Europäische Integrationsforschung und des Nord-Süd-Zentrums für Entwicklungsforschung, beide an der Uni Bonn, passen sich hier hervorragend ein.

Die spektakulärsten Entscheidungen bei der **Ansiedlung internationaler und supranationaler Einrichtungen in der Region** waren bisher sicherlich die der United Nations Volunteers (UNV), der Freiwilligen-Organisation der Vereinten Nationen, sowie des Sekretariats der Klimarahmenkonvention (UNFCCC), die beide 1996 nach Bonn gezogen sind; 1998 folgte das Sekretariat der UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (CCD) in das Haus Carstanjen, wo alle Bonner UN-Organisationen ihren Sitz haben.

III.

Schwerpunkte regionaler Zusammenarbeit in einem dynamischen Ballungsraum

Die Umzugsentscheidung des Bundestages vom 20. Juni 1991 hat die Region vor eine schwierige Herausforderung gestellt. Wir haben dieser Herausforderung angenommen. Wir haben die zukünftige Entwicklung der Region auf fünf tragfähige Säulen gestellt, die ich Ihnen kurz umrissen habe. In Zusammenarbeit mit dem Bund und den Ländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben wir auf der Basis dieser fünf Säulen Projekte entwickelt, von denen wir wichtige Impulse für einen sich selbst tragenden Strukturwandel erwarteten.

Heute können wir nicht ohne Stolz behaupten, den richtigen Weg beschritten zu haben. Der Strukturwandel in der Region - so bestätigen es die neuesten Zahlen - ist bereits in vollem Gange.

Hierzu nur ein Beispiel: Die Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg hat im Januar das Ergebnis einer Umfrage veröffentlicht, nach dem die Informationstechnologie- und Telekommunikationsbranche in der Region regelrecht boomt. Nach einer Befragung durch den Wirtschaftspresdienst Bonn erwarten 90,4 % der in der Region ansässigen Unternehmen, dass sich die IT-Branche in Bonn und der Region weiter positiv entwickeln wird. 77,1 % der Unternehmen wollen auch künftig investieren. 84,3 % der Unternehmen planen die Einstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit ergibt sich für die Region ein günstigeres Stimmungsbild als in der übrigen Bundesrepublik. Nach einer Umfrage des Münchner Ifo-Instituts erwarten bundesweit lediglich 50 % aller IT-Unternehmen eine positive Geschäftsentwicklung.

Der Umzugsbeschluss des Bundestages war eine ganz spezielle Herausforderung für die Region Bonn. Sie resultierte aus einer einzelnen politischen Entscheidung. Doch es gibt auch noch eine ganz andere, ebenso wichtige Herausforderung, die alle Kommunen und Regionen betrifft, nämlich die der Globalisierung. Es ist der Prozess der Internationalisierung, der das Investitionsverhalten der Wirtschaft am nachhaltigsten beeinflusst. Die nationalen Volkswirtschaften befinden sich in der Auflösung - auch wenn das manche noch nicht begriffen haben.

Und deshalb sind es auch nicht mehr die einzelnen Städte, die als Standort konkurrenzfähig sind. Die Attraktivität einer einzelnen Kommune reicht dafür nicht mehr aus. Konkurrenzfähig im internationalen Wettbewerb kann man nur dann werden, wenn man seine eigenen Attraktivitäten um die Attraktivität des Nachbarn ergänzt und so seine Potentiale bündelt.

Erfolg unter den Rahmenbedingungen der Globalisierung setzt also unabdingbar voraus, dass Strukturpolitik nicht mehr als lokale, sondern als regionale Aufgabe begriffen wird. Kirchturmspolitik in der globalen Welt führt zur Isolation und letztlich zum Verlust an Wohlstand in der Kommune, in dem der Kirchturm steht.

Ich gebe zu, es bedarf für den Kommunalpolitiker eines gewissen Leidensdrucks, diese Einsichten zu gewinnen und sie sich im Interesse der Gesamtregion bei der Gestaltung ihrer politischen Ziele zu eigen zu machen. Vor wenigen Jahren noch schloss der Oberstadtdirektor einer von hier nicht allzu weit entfernten Großstadt seine Etatrede mit der kernigen Aussage: „Meine Stadt ... zuerst!“ Er ist mittlerweile nicht mehr im Amt und auch die letzte Kommunalwahl hat in dieser Stadt eine neue Mehrheit herbeigeführt, die über den Tellerrand kommunaler Grenzen hinwegschaut.

Mit dem Umzugsbeschluss des Deutschen Bundestages war für unsere Region dieser Punkt erreicht. Und ich finde, wir haben seitdem das Beste für unsere Region daraus gemacht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.